

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, b:
unseren Voten gegen bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

54. Jahrgang.

Nr. 23.

Donnerstag, den 21. Februar

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: Die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. die
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Hr. 210.

1907.

Eingegangen sind:
a) vom **Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen die Nr. 80-99 vom Jahre 1906.**
b) vom **Reichsgesetzblatt die Nr. 45-50 vom Jahre 1906.**
Die Gesetzblätter, deren Inhalt aus den im Eingange des Rathauses befindlichen Anschlägen ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang zur Einsicht an Rathstische aus.
Stadttrat Eibenstock, den 16. Februar 1907.
Sesse. M.

Nr. 112 der **Schankstättenverbotsliste** ist zu streichen.
Stadttrat Eibenstock, den 18. Februar 1907.
Sesse. M.

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Bürstenmachers **Franz Louis Leistner in Schönheide**, Alleinhalters der Firma **F. L. Leistner** daselbst, soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 2449 Mk. 35 Pf. verfügbar; es kommt jedoch noch die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu bewilligende Vergütung in Abzug.

Zu berücksichtigen sind nach dem auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts ausliegenden Verzeichnis 1698 Mk. 16 Pf. bevorrechtigte Forderungen und 35 138 Mk. 69 Pf. Forderungen ohne Vorrecht.

Eibenstock, am 18. Februar 1907.

Justizrat Landrock,
Verwalter des Konkurses.

Thronrede zur Eröffnung des Reichstages.

Berlin, 19. Februar. Der Reichstag wurde heute vormittag 11 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses durch Seine Majestät den Kaiser mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren!

Im Namen Meiner hohen Verbündeten heiße Ich den neugewählten Reichstag willkommen.

Auferufen zur Entscheidung über einen Zwiespalt zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorigen Reichstages hat das deutsche Volk bekundet, daß es Ehr und Gut der Nation gegen kleinlichen Parteigeist treu und fest gehütet wissen will. In solcher, Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühls ruhen des Vaterlandes Geschicke wohlgeborgen. Wie Ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege Ich zu dem neuen Reichstag das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkennt, unsere Stellung unter den Kulturvölkern verständnisvoll und tatkraftig zu behaupten und zu befestigen.

Ihre erste Aufgabe wird die Erledigung des Reichshaushaltes für 1907, des Nachtragkredits für Südwestafrika und des Bahnbauens von Keetmanshoop nach Kubub sein. Diese Vorlagen gehen Ihnen sofort in der früheren, nur unwesentlich veränderten Gestalt zu.

Die schwere Krisis, die durch die Aufstände der Eingeborenen in Südwest- und Ostafrika über diese Schutzgebiete hereingebrochen war, ist überwunden. In Ostafrika ist der Aufstand vollständig unterdrückt. In Südwestafrika sind die feindlichen Stämme bis auf wenige Ueberreste unterworfen worden, so daß eine erhebliche Verminderung der dort stehenden Truppen aller Voraussicht nach möglich sein wird. Der Dank des Vaterlandes ist den Tapferen sicher, die in jahrelangen, schweren Kämpfen mit einem verschlagenen und hartnäckigen Gegner den Ruhm der deutschen Waffen hochgehalten haben.

Die Entwicklung unserer Kolonien zu einem wertvollen Teile unseres nationalen Besitzes fordert vor allem einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan für den Ausbau der Verkehrswege. Um allmählich zu einer gedeihlichen Selbstverwaltung zu gelangen, werden zunächst das Rechnungswesen zu vereinigen und die Beamtenverhältnisse neu zu ordnen sein. Wie mit dem Vorschlag, ein Kolonialamt zu errichten, so wird der Reichstag auch mit den Beihilfen für die schwer geschädigten Anstatter in Südwestafrika von neuem befaßt werden.

Der deutsche Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gut und Lebensstränge vernennend, gegen alle Maßregeln zu einer stetigen, friedlichen Entwicklung wies. Die großen, grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.

Als König von Preußen habe Ich am 27. Januar dieses Jahres kund gegeben, daß Ich bei Beleidigung Meiner Person von Meinem Begnadigungsrecht größeren Gebrauch machen will. Es ist Mein Wunsch, auch im Gesetze den Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung engere Grenzen gezogen zu sehen. Eine Vorlage für den Bundesrat wird vorbereitet.

Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Zuversicht, daß uns der Friede weiter erhalten bleiben wird. Zu unseren Verbündeten unterhält Meine Regierung die alten herzlichen, zu den anderen fremden Mächten gute und korrekte Beziehungen. Der am 11. Jan. d. J. unterzeichnete Vertrag mit Dänemark, der durch Regelung der Verhältnisse der Ostpantankinder störende Reibungen beseitigen soll, wird, wie Ich hoffe, das freundliche Verhältnis zu unserem nördlichen Nachbarstaate kräftigen. Auf Grund der Anregungen der Ver-

einigten Staaten von Amerika und der Vorschläge der russischen Regierung habe Ich die Einladung zur zweiten Haager Friedenskonferenz angenommen, die berufen sein wird, im Anschluß an die Ergebnisse der ersten Haager Konferenz das Völkerrecht im Sinne des Friedens und der Humanität weiter auszubilden.

Und nun, Meine Herren, möge das Reichstage Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten walten — Deutschland zum Heil!

Tagessgeschichte.

— Deutschland. Ein Geschenk hat Kaiser Wilhelm an den König von England senden lassen und zwar eine Statue Wilhelms III., des Oceaniers. König Eduard ernannte eine Kommission, um einen geeigneten Platz für die Aufstellung der vom Kaiser geschenkten Statue ausfindig zu machen. Der König beschickte den Blag, den die Kommission vorgeschlagen hat, und der sich an der Südküste des Kensington-Museums befindet. Er erklärte sich mit dieser Auswahl einverstanden und genehmigte die Aufstellung des Denkmals.

— Magdeburg, 19. Februar. Zur braunschweigischen Frage meldet die „Magdeb. Ztg.“ anscheinend offiziös, daß die beabsichtigte Audienz der drei braunschweigischen Reichstags-Abgeordneten beim Kaiser, welche die Thronfolgefrage vor dem Kaiser erörtern wollen, nicht angenommen wurde. Durch ein Schreiben von Anfang Oktober an den Herzog von Cumberland sei des Kaisers Stellung klar genug geworden.

— Da es zu einer Einigung sämtlicher bürgerlichen Parteien auf die Person des Herrn von Moeller nicht gekommen ist, hat er auf seine Kandidatur in Mühlhausen-Langensalza verzichtet. — Die Nachwahl findet am 1. März statt.

— Eine holländische Stimme über die voraus-sichtliche Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas. Auch die Holländer beschäftigen sich nach den deutschen Bahnen mit der zukünftigen deutschen Kolonialpolitik in Südwestafrika vielfältig. Die „Zuid-Afrikaansche Post“ widmet diesem Thema eingehende Betrachtungen und sagt: „Die größere Kenntnis, die der Krieg mit den Eingeborenen von diesem Lande gebracht hat, die Erwartungen, welche die Gerichte über seinen mineralen Reichtum und über seine teilweise Fruchtbarkeit erweckt haben, haben das Bestreben nach einer kräftigen Entwicklung verstärkt. Und mit einem Male hat das deutsche Volk sich aufgemacht, um die möglichen Schätze, welche Damaraland verborgen hält, mit der den Deutschen und ihrer Regierung eigenen Kraft und Gründlichkeit, verbunden mit der ausgedehnten Kenntnis und Wissenschaft, zu lösen. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß die Entwicklung von sich im allgemeinen einen viel systematischeren Charakter tragen wird, wie das gleiche Vorgehen im britischen Gebiete. Mag dies nun sein wie es will, jetzt ist es wahrscheinlich geworden, daß Deutsch-Südwestafrika in einen Zeitabschnitt von stetig zunehmender regelrechter Entwicklung und Blüte eintritt; dann wird es nicht ausbleiben, daß es ein Zielpunkt einer starken Einwanderungs-Bewegung wird. Und ebenso wie der Burenkrieg einen langsamen, aber fortwährenden Strom von Afrikanern aus der Kaptolonie nach dem Freistaat und Transvaal hervorgebracht hat, so wird auch die kräftige Bewegung von Damaraland und Großnamaland einen andern Strom von Afrikanern dahin locken. Die Buren, die an dem Kampfe gegen die Aufständischen teilnahmen, haben das Land kennen gelernt, sie sehen seine Vorzüge und kennen die von Natur hervorragenden Blöße. Sie werden sicher nicht nachlassen, von ihren Erfahrungen und ihrer Lage Nutzen zu ziehen und viele ihrer Freunde jenseits der Kalahari, sofern diese ihr Arbeitsgebiet wechseln wollen, werde. Ihre Beispiele folgen. Wir achten es für vönlischenswert, besondere Aufmerksamkeit zu richten auf die nahestehende Entwicklung dieses ausgedehnten Gebietes, nicht zum mindesten, weil wir erwarten, daß dort eine merkliche Ausbreitung von dem Einflusse des niederdeutschen Stammes möglich ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil Deutschlands Handel und Verkehr nach Uebersee mit den Niederlanden verbunden ist, die die glücklichen Besitzer von zwei der besten Häfen sind.

— Einer der gefährlichsten Rebellen im deutsch-ostafrikanischen Aufstande, der Hauptführer der Wangundo, Abdalla Mpanda, ist im Gefecht gegen die 14. Kompagnie gefallen. Es handelt sich hier, wie man nachträglich erfährt, um den Wangundo-Häuptling, der seinerzeit die Erstürmung der Station Lwale geleitet und die Ermordung des Bischofs Speijer veranlaßt hat.

— Oesterreich-Ungarn. Die akuteste aller die Politik der Donau-Monarchie in der nächsten Zeit beherrschenden Fragen ist die des Ausgleiches, eines Komplexes von Gesetzen, durch die alle wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten geregelt werden sollen. Noch sind Oesterreich und Ungarn wirtschaftlich verbunden nach dem Spezialgesetz, das beide auf die Grundlage der Gegenseitigkeit stellt. Dieses Gesetz läuft jedoch nur noch bis zum 1. Januar 1908. Bis dahin müssen nicht nur zwischen den Regierungen die nötigen Vereinbarungen getroffen, sondern auch die Abmachungen von den Parlamenten ratifiziert worden sein. Zurzeit hat die Aufstellung der Frage des autonomen ungarischen Zolltarifes die Gemüter in Oesterreich-Ungarn in Erregung versetzt. Der ungarische Zolltarif hat bereits im vorigen Jahre zum Sturze des Kabinetts Hohenlohe geführt. Der gegenwärtige Ministerpräsident Freiherr v. Beck hat diesen Zolltarif geradezu als einen Bruch der jetzt noch geltenden Gegenseitigkeits-Vestimmungen erklärt und nur unter der Bedingung das Amt des Ministerpräsidenten übernommen, daß der autonome Zolltarif nicht eher vor das ungarische Parlament kommt, bis die Ausgleichs-Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und ungarischen Regierung beendet sind. Dieses Versprechen hat, wie Freiherr v. Beck in seiner Antrittsrede im Reichsrat mitteilte, die ungarische Regierung auch gegeben. Nun soll aber bereits der Ausschuss des ungarischen Reichstages einberufen worden sein, der die Umwandlung der Tarifordnung in ein Gesetz vorzubereiten hat. Dadurch wird das von Freiherrn v. Beck aufgestellte Programm, daß nur der ganze Komplex der Ausgleichsfragen im Zusammenhange beraten werden darf, um Forderungen in der einen Frage gegen Zugeständnisse in der anderen austauschen zu können, über den Haufen geworfen. Man sieht in österreich-ungarischen Kreisen der Weiterentwicklung der hierdurch geschaffenen Ausgleichskrise mit Spannung entgegen. Sollte sie auch auf gleichem Wege ohne Kabinettswechsel beigelegt werden, so wirft sie doch wieder einmal ein grelles Licht auf die Bestrebungen Ungarns, möglichst selbstständig an die Regelung aller Fragen heranzugehen. Wie ernst die Lage ist, erlebte man daraus, daß der ungarische Ministerpräsident Dr. Bekertie nach Wien gereist ist, um mit der österreichischen Regierung Fühlung zu nehmen.

— Holland. Im Haag ist ein Attentat gegen den früheren holländischen Justizminister von Raalte verübt worden. Auf den Justizminister wurde vor seiner Wohnung ein Schuß abgefeuert, der Minister wurde nicht getroffen. Der Täter soll geisteskrank sein.

— England. Ueber die deutsch-englischen Beziehungen hat der deutsche Botschafter in einer Rede auf dem Bankett der Handelskammer in Newcastle on Tyne ausgeführt, da die Vertreter des Handels und der Industrie in England wie in Deutschland mehrfach den ernstesten, ja sehnsüchtigen Wunsch nach guten Beziehungen kundgegeben hätten, sei in ihm die Ueberzeugung befestigt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder nicht notwendig einer gegenseitigen Freundschaft entgegenstehe.

— Amerika. Behufs Beilegung des amerikanisch-japanischen Zwistes ist, wie aus Washington telegraphisch wird, zwischen der Bundesregierung und den kalifornischen Delegierten ein Abkommen getroffen worden, wonach Kalifornien die orientalischen Schulen schließen und die Japaner zu den Schulen der Weißen sofort zulassen soll. Die abgeänderte Einwanderungsbill hat die Zustimmung Roosevelts gefunden. Koot versicherte den Delegierten, daß eine außerordentliche Session einberufen werden sollte.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Schönheide, 18. Februar. Am gestrigen Sonntag fand hier durch Herrn Superintendenten Thomas von Schöneberg eine Kirchenvisitation statt. An den Hauptgottesdienst, bei dem Herr Superintendent Thomas eine begeisterte Ansprache an die zahlreichen Kirchensucher richtete, im